

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Nein, wir Grünen sind nicht der Meinung, dass Handelsabkommen per se des Teufels sind. Nein, wir wollen keinen modernen Protektionismus und keine Abkapselung Deutschlands vom globalen Markt und auch keine Mauer um unser Land oder um Heilbronn.

Wir sind vielmehr überzeugt davon, dass Handelsabkommen, wenn sie transparent und gut gemacht sind, Chancen bieten können für eine prosperierende Entwicklung von Handel und Wirtschaft mit gestärkten sozialen und ökologischen Standards.

So richtig hat zum Beispiel bisher vermutlich niemand verstanden, warum in einem amerikanischen VW anders dimensionierte Rückspiegel dran sein müssen als in einem deutschen VW und deshalb doppelte Zulassungsverfahren durchlaufen werden müssen. Solche Vereinheitlichungen sind absolut zu begrüßen. Und auch manche Zollschränken sind überkommen.

Wir Grünen teilen aber mit einem großen Teil der deutschen Bevölkerung und mit dem Verband der kommunalen Unternehmen, mit den Deutschen Bischöfen, mit zahlreichen Umweltgruppen, Verbraucherschützern, mit den Gewerkschaften, mit dem Deutschen Städtetag und nicht zuletzt, was zum Beispiel den Investorenschutz betrifft auch sogar mit der Bundesregierung (Papier vom Feb 2014 Süddeutsche) um nur einige zu nennen, die Befürchtung, dass TTIP viele **Standards beim Umwelt und Verbraucherschutz aushebelt**, die in Deutschland und Europa in einem gesamtgesellschaftlichen demokratischen Meinungsbildungsprozess über viele Jahre erkämpft bzw entwickelt wurden, weil Waren und Dienstleistungen, die nicht diesen Standards entsprechen Zugang zum hiesigen Markt

bekommen. Es ist also eine wachsende Zahl Bürgerinnen und Bürger nicht bereit, unsere Standards auf dem Altar der maximalen Handelsfreizügigkeit zu opfern, zumal die prognostizierten wirtschaftlichen Ergebnisse für Deutschland stark variieren, von Wirtschaftsrückgang bis hin zu enormen Steigerungen, je nachdem, welcher ökonomischen Grundrichtung die Gutachter angehören.

Und auch in den USA wächst das Verständnis für eine Position, die wichtige konsensuale nationale Standards bewahren will bei manchen Teilen der Bevölkerung. Dort wird jetzt nämlich zeitgleich an einem Abkommen mit China verhandelt und hier sehen sich die Amerikaner in der Rolle derer, die sich auf laxere Regeln einlassen sollen. Deshalb denken wir, es ist noch nicht zu spät, den TTIP-Verhandlungen eine andere Richtung zu geben als bisher. Das Abkommen nennt sich ja auch Partnership und unter Partner sollte eine nochmalige kritische Auseinandersetzung möglich sein.

Eigentlich wollte ichs ja erst nicht durch den Ratssaal gackern lassen, aber es ist eben doch ein griffiges Beispiel in diesem Zusammenhang: das amerikanische Chlorhühnchen, das es ja zu einer mindestens nationalen Berühmtheit hier gebracht hat. In Amerika Standard, hier verboten. Jetzt kann ja jemand berechtigterweise sagen, dass ich ja dann eben kein solches Hühnchen kaufen muss. Aber so einfach ist es eben nicht. Denn wenn dann mal irgendwas in der häuslichen Vorratswirtschaft verrutscht und mich der Weg zum Giggerlesbrater führt, kann ich mir bisher sicher sein, dass das dort zu erwerbende tote Huhn zumindest mal kein Chlorhühnchen ist, weil das hier bisher eben verboten ist. Mancher mag die Angst der Menschen vor einem Chlorhuhn belächeln, aber dieses Beispiel ist symptomhaft, quasi pars pro toto dafür, dass wir uns nicht mehr darauf verlassen können, dass wir hier auf unsere Standards treffen. Und dieses Chlorhühnchenphänomen kann genau so auch uns als Kommune treffen.

Ein Beispiel: In einem vertraulichen Papier des Europäischen Rates, das in WISO vorgestellt wurde betonen die USA am Beispiel von Pflanzenschutzmitteln wie zentral Regelungen über **Pestizide** beim Handel für die US-Landwirtschaft sind (gleiches gilt auch für die **Gentechnik**, die wir hier in Deutschland und seit einigen Wochen auch hier in Heilbronn mehrheitlich anders beurteilen als die USA ) - und wie das relativ hohe nationale Schutzniveau der EU ausgehebelt werden soll. Unsere Standards könnten als nicht-tarifäre Handelshemmnisse angesehen werden.

Michael Beckereit vom Verband Kommunaler Unternehmen befürchtet deshalb, dass die laxeren Standards bei Pestiziden wie zB Glyphospat in den USA zu einer immensen Belastung von Grund und Trinkwasser in Deutschland werden, wenn sie via TTIP wieder Einzug in Deutschland halten. Und da sind wir direkt bei der Betroffenheit der Kommunen, die hier mit ihren Unternehmen, in Heilbronn sind es unsere Stadtwerke für die Wasserversorgung zuständig sind.

Und der Wasserversorgung droht von TTIP noch eine andere Gefahr. Wenn nicht klare Regelungen getroffen werden, dass die Bereiche der **kommunalen Daseinsvorsorge** – und dazu gehört die Wasserversorgung - von den liberalisierenden Regelungen in TTIP ausgenommen werden, dann kann ganz schnell ein Ende damit sein, dass wir hier in Deutschland ein feines System haben, das die Bereiche, die als existenziell für die Bürgerinnen und Bürger identifiziert sind, von der öffentlichen Hand, also der institutionalisierten Allgemeinheit, erbracht werden ohne dass eine Gewinnerzielungsabsicht im Vordergrund steht. Und gerade eben erst konnte durch einen millionenhaften Aufschrei der Europäerinnen und Europäer verhindert werden, dass die Wasserversorgung EU-weit ausgeschrieben werden muss. Da kann es nicht sein, dass uns dies über die Hintertüre via TTIP wieder ereilt und dann auch noch weltweit. Von weltweit aufgestellter Wasserversorgung

dürfte seit cross-border-leasing inzwischen jeder deutsche Bürgermeister geheilt sein.

Fazit: **Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.** Dies ist für uns Grüne nicht verhandelbar und muss so bleiben. Da sehen wir uns auf einer Linie mit dem Deutschen Städtetag.

Und wir müssen auch weiterhin das Recht haben, weitere Bereiche zu definieren, in denen eine Eigenerbringung durch kommunale Unternehmen die beste Organisationsform vor Ort ist. Stillstandsklauseln und Ratchetklauseln müssen weg.  
**Rekommunalisierung muss möglich bleiben.**

Und auch für die Einrichtung von **Schiedsgerichten** aus Gründen des Investorenschutzes sehen wir keinen Grund, ebenso wenig wie der Städtetag. Wir sind keine Bananenrepublik, sondern haben eine fein aufgegliederte Jurisdiktion. Daneben parallel Strukturen einzuführen ist unnötig. Das gleiche gilt für Gerichte in den USA. Mit Grausen denkt man da an die Causa Vattenfall. Solche in einem wahrhaft langen schwierigen Prozess beschlossenen Entscheidungen von immenser Tragweite wie der Atomausstieg müssen für ein Land möglich sein. Verhandlungen über Schadensersatz dann bitte an die hier ansässigen und zuständigen Gerichte. Ein nächstes Thema in diesem Zusammenhang, nämlich fracking, zieht schon am Horizont auf.

Auch in Sachen **Transparenz** muss bei TTIP nachgearbeitet werden. Es ist offensichtlich noch nicht einmal klar, um welche Art Abkommen es sich bei TTIP handeln wird. Die entscheidende Frage ist: bedarf das Abkommen der Zustimmungen der nationalen Parlamente oder nicht. Das muss zügig in diese Richtung geklärt werden bei den beschriebenen Tragweiten mancher Regelung. Wenigstens gibt es mittlerweile einen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, dem auch die Kommunen angehören. Darüber hinaus müssen die kommunalen Vertreterinnen aber auch auf EU Ebene in den

Beratergruppen mitdiskutieren können, dies fordert auch der Städtetag.

Alle diese Problemstellungen und die massive Betroffenheit der Kommunen und damit ihrer Bürgerinnen und Bürger haben uns Grüne, die Freien Wähler, die Bunte Liste und die Linke veranlasst, hier im Gemeinderat eine Diskussion darüber zu fordern, die Positionen des Deutschen Städtetags zu den oben beschriebenen schwierigen Punkten Transparenz, Investorenschutz, Schiedsgerichte, Daseinsvorsorge und Nichtverhandelbarkeit von sozialen und ökologischen Standards von Heilbronn aus nachdrücklich zu unterstützen .

Wir hatten die Forderungen des Städtetags auf eine Seite zusammengefasst. Nun schlägt die Verwaltung vor, den gesamten Wortlaut der Städtetagsresolution von Heilbronn aus nachdrücklich zu unterstützen. Da sind wir als Antragssteller natürlich sehr gerne dabei. So viel Ausführlichkeit wollten wir ihnen ursprünglich nicht zumuten, aber wir fänden das natürlich sehr gut, wenn wir uns hier in großer Einigkeit hinter diese Resolution unseres kommunalen Spitzenverbandes stellen könnten und ziehen insofern unseren Resolutionsantrag zurück und treten dem Antrag der Verwaltung bei in der Hoffnung auf eine möglichst einstimmige Positionierung dieses Gremiums.